

# „Keine echte Vereinfachung“

## SPD-MdB Arnold kritisiert geplantes Steuervereinfachungsgesetz

(pm) Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) kritisiert die Haltung von CDU und FDP bei der abschließenden Beratung des Steuervereinfachungsgesetzes im Finanzausschuss. „Schwarz-Gelb war nicht bereit, zentrale Kritikpunkte und Änderungsvorschläge aufzugreifen“, so Arnold in einer Presseerklärung. Insbesondere ärgert den Abgeordneten die Ablehnung des Antrags der SPD zur Erhöhung des Behinderten-Pauschbetrags. Diese Maßnahme sei bereits im Mai vergangenen Jahres von den Länderfinanzministern einvernehmlich vorgeschlagen worden, so Arnold. Schon die schwarz-gelbe Bundesregierung sei nicht bereit gewesen, den Behinderten-Pauschbetrag in ihr Steuervereinfachungsgesetz aufzunehmen. Stattdessen sei „plakativen Maßnahmen wie die kaum spürbare Mini-Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags der Vorzug gegeben worden“.

„Mit ihrer Ablehnung haben nun auch die Koalitionsfraktionen im Finanzausschuss ignoriert, dass es für die Anhebung des Behinderten-Pauschbetrages einen dringenden Bedarf gibt“, so Arnold. Da der Pauschbetrag seit 1975 nicht angehoben worden sei, decke er oftmals die Aufwendungen der behinderten Menschen nicht mehr ab, meint der SPD-Abgeordnete. Die Steuerpflichtigen seien deshalb in vielen Fällen gezwungen, diese Aufwendungen einzeln nachzuweisen und unter Anrechnung einer zumutbaren Belastung als außergewöhnliche Belastung geltend zu machen. Die Erhöhung des Behinderten-Pauschbetrags würde viele Steuerpflichtige entlasten und ihnen den Aufwand für das Sammeln von Belegen zum Nachweis ihrer Aufwendungen ersparen. Ebenso abgelehnt worden sei die als Gegenfinanzierung für die entstehenden Steuerausfälle vorgeschlagene Streichung der Umsatzsteuerermäßigung für Hoteliers. – „Dieses Vorgehen demonstriert einmal mehr, dass es Schwarz-Gelb nicht um eine echte Steuervereinfachung geht. Mit dem Steuervereinfachungsgesetz werden vielfach nur falsche Erwartungen geweckt“, so Arnold. Leidtragende seien die Bürger und die Unternehmen, die weiterhin mit unnötigem bürokratischem Aufwand belastet würden.